

Transatlantische Beziehungen

CARL LANKOWSKI

Kurz- und mittelfristig gesehen ist keine sicherheitspolitische Frage von größerer Bedeutung als die Einführung einer gemeinsamen Strategie gegenüber dem neuen Rußland. Dies ist ein Bereich, in dem es einen breiten transatlantischen Konsens gibt, selbst wenn gewisse Aspekte der Strategie stark von einigen Parteien kritisiert werden. Es besteht Übereinstimmung, daß die Position des Westens vieldimensional sein, das heißt wirtschaftliche, politische und militärische Aspekte umfassen soll. Ein zentraler Punkt dieser Politik ist eine Transformation des Atlantischen Bündnisses, die die Desintegration des Sowjetreiches berücksichtigt.

Sicherheit und Frieden

Seit dem Daytoner Abkommen von 1995 wollten die Europäer die Amerikaner in jeden Vorgang miteinzubeziehen, an dem auch Rußland ein ausgeprägtes Interesse zeigte. Die Rolle der NATO bei der Unterstützung des Daytoner Friedensprozesses in Bosnien dauert mit der Überwachung der Kommunalwahlen im September 1997 und der auf unbegrenzte Zeit ausgedehnten Stationierung der SFOR – über das für Juni 1998 gesetzte Rückzugsdatum hinaus – an. Gewisse Fortschritte konnten auch hinsichtlich der Festnahme einiger des Kriegsverbrechens angeklagter Personen durch das Haager Tribunal verzeichnet werden, auch wenn sich die wichtigsten serbischen Angeklagten weiterhin auf freiem Fuß befinden. Zur gleichen Zeit entluden sich wachsende Spannungen zwischen der überwiegend ethnisch-albanischen Bevölkerung des Kosovo und der serbisch-jugoslawischen Regierung in Belgrad in einem organisierten Aufstand, der militärische Operationen und den angeblichen Artilleriebeschuß albanischer Zivilisten entlang der albanischen Grenze beinhaltete. Im Juni erfolgte ein Gesuch um Unterstützung durch die WEU, um serbische Grenzverletzungen zu bestrafen und die ethnischen Albaner zu schützen, das jedoch in ein Gesuch um eine NATO-Aktion umgewandelt wurde – was lebhaft vom deutschen Außenminister unterstützt wurde. Noch niemand hat bis jetzt irgendein Verlangen danach zum Ausdruck gebracht, das Konzept der NATO-WEU Combined Joint Task Force (CJTF) in diesem Zusammenhang auf die Probe zu stellen.

Rußland, durch die Internationale Kontaktgruppe in den Friedensprozeß miteinbezogen, sprach sich gegen ein gewaltsames Eingreifen in Serbien aus, und propagierte statt dessen eine Politik des Dialoges mit der Regierung in Belgrad. Die formelle Assoziierung Rußlands mit den Institutionen transatlantischer Sicherheitspolitik wurde mit dem NATO-Rußland-Abkommen von 1997 einen großen Schritt vorwärts gebracht, das – wie die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright es ausdrückte – Rußland in NATO-Angelegenheiten ein Mitspracherecht als interessierter Beobachter, aber kein Vetorecht zubilligt. Das Abkommen war der

erste größere Schritt, der über die Übungen im Rahmen der Anfang des Jahrzehnts eingeleiteten Partnerschaft für den Frieden hinausging. Anfang August 1998 waren die Beziehungen soweit gediehen, daß gemeinsame Manöver Rußlands und der USA in Fernost vorgesehen waren, die allerdings im letzten Moment aufgrund des Protestes nationalistischer Kräfte in Rußland verschoben wurden.

Die bei weitem größte Herausforderung für Rußland stellt die NATO-Osterweiterung dar, die in diesem Jahr eingeleitet wird. Die Rechtfertigung für die NATO-Osterweiterung ist gegenwärtig eine politische: Sie soll einer Konsolidierung der nach dem Zusammenbruch neo-stalinistischer Volksdemokratien gewonnenen Freiheiten dienen, selbst auf die Gefahr einer Entfremdung Rußlands hin. Die deutsche christlich-liberale Regierung hatte sich seit langem für eine Erweiterung der NATO ausgesprochen, um in einem Zug sowohl die ausdrücklichen Wünsche seiner unmittelbaren Nachbarn im Osten zu berücksichtigen und sich zum ersten Mal in jüngerer Zeit nur mit Verbündeten zu umgeben. Der deutschen Anregung nachgehend nahm die Clinton-Administration 1995 die Herausforderung an. Kritische Stimmen in den Vereinigten Staaten bevorzugten entweder die Auflösung der NATO und eine „Hände weg von Rußland“-Politik in Finanzfragen (die Ultraliberalen), oder aber die Fortsetzung einer NATO im kleinen Kreis, die eine westlichere Ausrichtung Rußlands begünstigen würde. In Europa wurde die NATO-Erweiterung von denjenigen kritisiert, die gehofft hatten, daß Europas neue Architektur entweder eine sehr viel größere Selbstorganisation (EU-Erweiterung mit oder ohne Aufwertung der WEU) oder die Umwandlung der defensiven Struktur in eine kollektive via die OSZE – im Interesse einer raschen Demilitarisierung von Konflikten – mit sich bringen würde. Entgegen des französischen Vorschlages, die NATO um fünf Länder zu erweitern, sprach sich die Ministerkonferenz im Juni 1997 formell für den Beitritt Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik aus. Bis Mitte des Jahres 1998 hatte über die Hälfte der NATO-Mitglieder den entsprechenden Zusatzartikel zum Washingtoner NATO-Vertrag ratifiziert, und der dramatischste Moment kam, als im April 1998 der US-Senat mit einer überwältigenden Mehrheit seine Zustimmung gab.

An der Wirtschaftsfront haben die Vereinigten Staaten und Europa versucht, Bedingungen zu schaffen, unter denen russische Bürger endlich in den Genuß der Vorteile kommen können, die bereits die Reformen des Präsidenten Boris Jelzin hätten herbeiführen sollen. Der Börsensturz, der sich im Zuge der asiatischen Wirtschaftskrise in allen sich entwickelnden Märkten auswirkte, traf russische Aktien und Wertpapiere mit besonderer Härte, steigerte auf dramatische Weise die Unkosten zur Begleichung der Staatsschulden und leitete eine weitere Verschärfung der Finanznöte der Regierung ein. Im Juni 1998 unterstützten die USA und Europa ein größeres zusätzliches IWF-Hilfspaket, um den geschwächten Rubel zu stützen – unter der Voraussetzung, daß wirtschaftsregulierende Mittel wie die Steuereinzahlung und eine Anti-Kartell-Gesetzgebung gestärkt würden.

Während sich die weitaus größere Mehrheit der russischen Bürger außerhalb der Reichweite jedweder Hilfsmaßnahmen seitens des Westens befindet, gibt ironischerweise – und in einer beängstigenden Wiederholung der Weimarer Republik –

ein Teil der politischen Klasse dem Ausland die Schuld an der Misere in ihrem Land. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ringt Jelzins Regierung mit der Opposition, einer Allianz von Rußlands neuen Verbrecherkönigen und Dumavertretern, deren Wahlerfolge gänzlich auf unrealistischen populistischen Versprechungen mit entschiedenem nationalistischem, manchmal xenophobischem Einschlag fußen. Mitte August 1998 weigerte sich die Duma, budgetäre Maßnahmen zu verabschieden, die der Schaffung der vom IWF als *sine qua non* identifizierten Vorbedingungen für Hilfsmaßnahmen gelten sollten.

Beeinflußt von den anstehenden Neuwahlen für die Duma im Jahr 1999 und den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 blockiert Rußland weiterhin die Ratifizierung des bereits seit langem vom US-Senat bestätigten START-Abkommens, dessen Umsetzung die russischen und amerikanischen Arsenale an strategischen Nuklearwaffen entscheidend verkleinern würde. Eine interessante Nebenepisode in diesem Zusammenhang stellte das Verhalten des weißrussischen Präsidenten dar: Lukaschenkos Ausweisung sowohl amerikanischen Personals aus der US-Botschaft als auch europäischen Personals aus den Botschaften mehrerer EU-Staaten führte im Juli 1998 dazu, daß die EU- und der US-Botschafter unter Protest zurückbeordert wurden, und sorgte für Spekulationen darüber, daß Lukashenko den Zwischenfall arrangiert habe, um auf der Grundlage einer pan-slawischen Wahlplattform Unterstützung für seine Kandidatur für die begehrte russische Präsidentschaft im Jahr 2000 zu gewinnen.

Die Interessen der USA und Europas fielen in Hinblick auf Iran, Irak und Kuba differenzierter aus. Im Falle des Irak waren sich die Vereinigten Staaten und Europa vor dem Hintergrund genereller russischer Zustimmung uneins, zu welchem Zeitpunkt gewaltsame Mittel nötig sein würden, um Nachgiebigkeit gegenüber dem Mandat des UN-Sicherheitsrates zur Zerstörung der irakischen Massenvernichtungswaffen zu erzwingen. Dasselbe Muster irakischer Kooperationsunwilligkeit wiederholte sich zweimal im Laufe des Jahres 1998. Während sich außer Großbritannien kein europäischer Staat bereit zeigte, militärische Mittel einzusetzen, wurde im Januar die amerikanische Drohung, vermeintliche Waffenlager zu bombardieren, in letzter Sekunde durch ein vom UN-Generalsekretär Kofi Annan ausgehandeltes Abkommen verhindert, das die Zustimmung Rußlands fand. Mitte August wiederholte sich dieses Muster sowohl absichtlicher wie öffentlicher Widersetzung, mit zum gegenwärtigen Zeitpunkt unklarem Ausgang.

Die USA und Europa erzielten gerade eine Annäherung bezüglich der strittigen Frage, wie es auf staatlich geförderten Terrorismus zu reagieren gelte, als sich die Situation im Iran veränderte, wirtschaftliche Interessengruppen zu beiden Seiten des Atlantik lebhaft den Helms-Burton und den Iran-Libya Sanctions Act kritisierten, und die Europäische Union vor der Welthandelsorganisation (WTO) gegen die US-Sanktionspolitik klagte. 1997 signalisierte die neue iranische Regierung den Wunsch nach einem neuen Anfang in den Beziehungen mit den USA und Europa. Dieser Umstand sowie das in Washington wachsende Bewußtsein der den Bündnispartnern zugefügten, sanktionsbedingten Schäden führten im Herbst zu einer Verzichtserklärung des Präsidenten bezüglich der Anwendung der Sanktionen und

einer Rücknahme der EU-Klage vor der WTO. Wie jedoch die koordinierten Bombenangriffe auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania am 7. August 1998 mehr als verdeutlichen, erfordern terroristische Angriffe auch weiterhin dringend Aufmerksamkeit.

Globale Themen

Im Bereich globaler Fragen lieferte die Klimapolitik einen politischen Brennpunkt. Obwohl es den Verhandlungsführern möglich war, Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Mittel und der Verteilung der Lasten zwischen den einzelnen Ländern zu überwinden und Übereinstimmung bezüglich eines bindenden Protokolls für die Klimakonvention von Kioto im Dezember 1997 zu erzielen, machte die einstimmige Entscheidung des US-Kongresses im Juni 1997 zu diesem Thema deutlich, daß es für den Amerikanischen Präsidenten sinnlos sein würde, das Protokoll zur Ratifizierung vorzulegen. Die Positionen Deutschlands und der Vereinigten Staaten liegen hierin Welten voneinander entfernt.

Die deutsche Regierung spricht sich für eine Reduzierung der Treibhausemissionen für die Industrieländer aus, wohingegen die Amerikaner darauf bestehen, daß das Prinzip der Kosteneffektivität als absoluter Maßstab für die Identifizierung spezifischer Reduzierungsbemühungen gelten müsse. Darüber hinaus neigen die Amerikaner dazu, weitaus mehr auf marktwirtschaftliche Maßnahmen wie den Handel mit Emissionslizenzen zu setzen als Deutschland und die EU. In diesem Zusammenhang unterstrich die amerikanische Administration unter der Leitung des Vizepräsidenten Al Gore im Sommer 1998 die Bedenklichkeit des Treibhauseffektes, während Stuart Eisenstat, der Sprecher für globale Themen, den Europäern die Grundvoraussetzungen für eine Ratifizierung des Kioto Protokolls seitens des Kongresses signalisierte.

Die USA und die Europäische Union sind bei ihrem Gipfel im Mai 1998 übereingekommen sind, zusätzliche regionale Umwelt-Zentren (RECs) in Moldawien, Georgien, der Ukraine und Rußland zu gründen. Deren Aufgabe besteht darin, Hilfe dabei zu leisten, die institutionelle Leistungsfähigkeit bei der Umsetzung politischer Maßnahmen zu steigern und Bürgergruppen (NGOs) dabei zu unterstützen, ihren Beitrag zur Umweltüberwachung und zur politischen Interessenvertretung zu definieren.

Die Schaffung des transatlantischen und globalen Marktplatzes

Vorangetrieben durch den in wachsendem Umfang institutionalisierten Transatlantic Business Dialogue (TABD) wurden von den USA und der EU ein weiteres Mal eine signifikante Marktöffnung erreicht, sowohl in Hinblick auf transatlantische Abkommen als auch auf gemeinsame Aktionen in der OECD, der ECE, und der WTO. Unter anderem wurde nach monatelangem Streit schließlich ein Mutual Recognition Agreement (MRA) zu Vertragsreife gebracht, dessen Gegenstand über die ursprünglich umfaßten Bereiche hinausgeht. Mögliche Handelskonflikte wurden umgangen, als die Europäische Kommission eine Verschiebung der Richtlinie

zur ausschließlichen Verwendung metrischer Maßeinheiten in Betracht zog. Auf ähnliche Weise nahm die EU ihren Einspruch gegen die Einfuhr von Talg und Gelatine von Kühen aus den USA zurück. Es wurde angenommen, daß diese Stoffe in Verbindung zu Fällen von BSE (Rinderwahnsinn) stünden; sie sind allerdings auch eine Grundzutat für die Herstellung vieler Arzneimittel und Kosmetika. Auf der amerikanischen Seite wurden Lösungen zu drohenden, durch den US Fastener Quality Act entstehenden Handelsbeschränkungen erarbeitet. Übereinstimmung wurde auch über eine OECD-Konvention zum Verbot von Bestechung ausländischer Beamter zum Zwecke wirtschaftlicher Vorteile erreicht. Ein gemeinsamer US-EU-Vorschlag zur Einführung weltweiter technischer Regulierungen für die Automobilindustrie wurde der Economic Commission for Europe (ECE) der Vereinten Nationen vorgelegt. Darüber hinaus erklärten beide Seiten im Bereich des transnationalen Datenaustausches ihre Bereitschaft, auf Zollltarife für Cyberspace Transaktionen zu verzichten. Entscheidende WTO-Abkommen wurden dank der Konvergenz von US-EU-Positionen im Telekommunikations- und Finanzdienstleistungsbereich erzielt, und das Informationstechnologie-Abkommen wurde erweitert.

Im Laufe des Jahres 1997 wurden leitende Angestellte der Clinton Administration und der US Federal Reserve darauf aufmerksam, daß die Einführung des Euro kritische Fragen im Bereich der Koordinierung der Währungspolitik aufwerfen könnte. Teilweise als Antwort hierauf wurde auf dem US-EU-Gipfel im Mai 1998 in London die Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft angekündigt, eine neue Initiative mit dem Zweck, das wirtschaftliche Kapitel der Neuen Transatlantischen Agenda auszubauen.

Eine wichtige Entwicklung in der Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen ist die wachsende Zunahme von Mega-Fusionen und Übernahmen, besonders im Bereich der Automobilherstellung, Telekommunikations-, Luftfahrt-, und Petroleumindustrie. Die spektakulärsten Fälle des Jahres 1998 waren die Fusionen von Daimler-Chrysler und Amoco-British Petroleum, aber selbst Zusammenschlüsse lediglich innerhalb der EU oder den USA haben potentiell schwerwiegende Auswirkungen auf die Wettbewerbssituation anderswo. Aus diesem Grund erzielten die US- und EU-Behörden im Dezember 1997 eine Übereinkunft zwischen ihren Wettbewerbsbehörden, die jeder Seite ein Mitspracherecht in den Fusions- und Übernahmeaktivitäten von Firmen erlaubt, die auf dem Gebiet der anderen operieren.

Brücken von unten

Im Bereich der „people to people links“ wurden Erfolge im Feld des elektronischen Datenaustausches mit dem Start des Transatlantic Information Exchange Service (TIES) im Mai 1998 und mit einem digitalen Bibliotheksprojekt unter anfänglicher Einbindung deutscher und amerikanischer Forschungsbibliotheken erzielt. Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union planen ebenfalls die Entwicklung von Initiativen, um die zivile Gesellschaft zu stärken und zu stützen, schwerpunktmäßig durch verbesserte Kooperation zwischen Regierung, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die Verbindungen zwischen Gewerkschaften, Bil-

dungsinstituten und NGOs im gemeinsamen Bemühen darum, den Herausforderungen der wirtschaftlichen Globalisierung entgegenzutreten, werden von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union als ein vorrangiges Ziel identifiziert. Weiterhin sind Vorschläge gemacht worden, eine Arbeitsgruppe zum Thema Arbeitskraftentwicklung einzurichten, gegenwärtige Austauschmodelle für Arbeiter zu bewerten und zu verbessern, und mit dem Europarat im Bereich der Bildungsreform, und hier besonders bei der Einführung internationaler Standards zu kooperieren.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Friedrich Rojahn, The College of St. Hild & St. Bede,

University of Durham, England.

Weiterführende Literatur

Bail, Christoph, Wolfgang H. Reinicke, Reinhardt Rummel: EU-US-Relations: Balancing the Partnership. Taking a Medium-Perspective, Baden-Baden 1997.

Bail, Christoph, Wolfgang H. Reinicke, Reinhardt Rummel: The new transatlantic agenda and the joint EU-US action plan. An assessment, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen/Isar 1997.

Garten, Jeffrey E.: The United States and

Europe. New opportunities, new strategies. Remarks before the European Union Committee of the U.S. Chamber of Commerce, April 25, 1995 (American Chamber of Commerce in Belgium / EU Committee), Brüssel 1997.

Weidenfeld, Werner: America and Europe. Is the break inevitable?, in: The Washington Quarterly 3 (1997), S. 37-52.